

Steueranreize für Fachkräfte: Arbeitgeber warnen vor Ungerechtigkeit

Arbeitgeberpräsident Dulger kritisiert Steueranreize für ausländische Fachkräfte, betont die Notwendigkeit fairer Lösungen.

Die Diskussion über die Attraktivität Deutschlands als Arbeitsstandort für ausländische Fachkräfte gewinnt zunehmend an Bedeutung. In der jüngsten Debatte über steuerliche Anreize zur Anwerbung ausländischer Spitzenkräfte äußerte sich Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger kritisch gegenüber den Plänen der Bundesregierung. So stellte er klar, dass die Einführung solcher Anreize sowohl die Steuergerechtigkeit in Frage stelle als auch mögliche Spannungen im Betriebsfrieden heraufbeschwören könnte.

Regierung plant steuerliche Anreize

Die Bundesregierung verfolgt mit ihrer neuen «Wachstumsinitiative» das Ziel, Deutschland für ausländische Fachkräfte attraktiver zu gestalten. Zum Teil dieser Initiative sollen steuerliche Anreize gehören, die es neu zugewanderten Fachkräften ermöglichen, in den ersten drei Jahren 30, 20 und 10 Prozent ihres Bruttolohns steuerfrei zu beziehen. Dies soll helfen, mögliche Hürden für ausländische Spezialisten abzubauen.

Engagierte Gespräche notwendig

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) betonte die Notwendigkeit, mit Arbeitgebern in den Dialog zu treten, da die

anfängliche Reaktion auf die Vorschläge eher zurückhaltend war. Gerade vor dem Hintergrund, dass Deutschland als Hochsteuerland gilt, forderte Dulger eine grundlegende Überprüfung, wie die Bedingungen für ausländische Fachkräfte verbessert werden könnten. Dazu gehören nicht nur steuerliche Anreize, sondern auch die Schaffung eines stabilen Wohnraums und ausreichender Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Einzelfallregelung statt allgemeiner Anreize

Industrieexperte Siegfried Russwurm stellte heraus, dass in anderen europäischen Ländern steuerliche Anreize oft gezielt für einzelne Spezialisten verwendet werden. Er wies darauf hin, dass eine breite Anwendung solcher Maßnahmen potenziell Probleme der Gleichbehandlung aufwerfen könnte. Stattdessen sollten schnellere Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse und eine allgemeine Vereinfachung des Erwerbs von Arbeitsvisa im Fokus stehen.

Rückmeldungen von der Handelskammer

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer, vertreten durch Präsident Peter Adrian, äußerte sich ebenfalls vorsichtig zu den Anreizen. Er erkannte die Notwendigkeit an, den Zuzug ausländischer Fachkräfte zu verbessern, warnte jedoch vor den möglichen Unstimmigkeiten, die Steuervergünstigungen mit sich bringen könnten. Dies zeigt, dass die Diskussion um die Anwerbung von Fachkräften in Deutschland nicht nur eine Frage der Steuerpolitik ist, sondern auch soziale Aspekte und die Arbeitsbedingungen umfassen muss.

Fazit

Die aktuellen Pläne der Bundesregierung zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte stellen ein wichtiges Thema für die Zukunft des Arbeitsmarkts in Deutschland dar. Während die Absicht, den Standort attraktiver zu gestalten, unbestritten ist,

zeigt der überwiegende kritische Tenor der Arbeitgebervertreter, dass umfassendere Lösungen erforderlich sind, um sowohl ausländische Spezialisten als auch die deutschen Arbeitnehmer mit ins Boot zu holen. Der Dialog über diese Themen muss fortgesetzt werden, um langfristige und gerechte Lösungen zu finden.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de